

Hans-Joachim Stadermann

**Der stabile  
Euro  
und seine Feinde**

Helmut Schlesinger gewidmet

Metropolis-Verlag  
Marburg 2014

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2014

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1073-1

# Vorwort

Die Deutsche Bundesbank hat im März 2014 an ihren Eigentümer, den Bundesminister für Finanzen, 4,6 Milliarden Euro Gewinn ausgeschüttet. Das ist nach 5 mageren Jahren als Erfolg bewertet worden. Zur Begründung hieß es, die Bundesbank habe aufgrund einer Entspannung der Eurokrise Rücklagen auflösen können. Ist also alles überstanden? Schön wäre es ja. Zweifel daran sind aber sicher noch erlaubt. Erhebliche Gewinnanteile ergeben sich aus den Erträgen und der Kassierung fällig gewordener, zuvor zur Stützung der Mittelmeerländer angekaufter Anleihen. Es sind dies 2,9 Milliarden Euro. Sie wirken wie ein erhobener Zeigefinger. In der Tat zahlen diese Länder mit *dem* Geld ihre Altschulden zurück, das sie als Beistandszahlungen erhalten haben. Allen voran hat die Deutsche Bundesbank sich die Anleihen derart selbst verzinst und eingelöst. Über Änderungen zum Guten in den Ländern selber sagt das nichts. Ob diese Forderungen am Ende wie bisher zu ihrem Nominalwert eingelöst werden können, ist die „Gretchenfrage“. Die Antwort steht in den Sternen.

Das wird nicht zuletzt von der Entwicklung des TARGET-Saldos der deutschen Zentralbank abhängen, der die Leistungsbilanzdefizite zu den Mitgliedsländern der Währungsunion spiegelt. Er wies Ende Februar 2014 Forderungen gegen die anderen Zentralbanken des Eurosystems in Höhe von 499.231.990.638,80 € aus. Das wirkt nicht sehr beruhigend. Denn auch hierbei geht es ganz überwiegend um Schulden der Mittelmeeranrainer unter den Euroländern. Die Schuldentragfähigkeit, die ihnen durch Beistand wieder hergestellt wurde, gerät auf diese Art erneut in Zweifel. Wäre der Saldo das ganze Jahr mit 0,5% zu verzinsen gewesen, dann wären allein aus dieser Position knapp 2,5 Milliarden Euro Zinsen dafür von den Schuldnern aufzubringen gewesen. Der Gewinn, den die Bundesbank ausweist, ist also nach dieser Überschlagsrechnung geringer als ihre 5,4 Milliarden Euro Zinsertrag aus den Defizitländern. Welche Folgen steigende Zinsen für die Schuldnerländer im Eurosystem haben werden, ist nicht schwer vorherzusagen. Jede „Rettungsaktion“ schichtet die Schulden dieser Länder immer nur um, indem sie fällige Zahlungsverpflichtungen in noch nicht fällige umwandelt. Je länger die Fristen bis

zur Tilgung werden, desto gewaltiger wächst die Summe der insgesamt zu zahlenden Zinsen an. Eine Umschuldung auf Anleihen mit 30 Jahren Laufzeit bei nur 2% lässt aus einem Euro, der für zweijährige Anleihe zu 5% geliehen wurde, durch den Zinseszinsseffekt abenteuerliche Gesamtverbindlichkeiten werden. Nach 2 Jahren hätten bei 5% für jeden Euro 1,1025 € zurückgezahlt werden müssen. Durch die Umschuldung sind es nach 30 Jahren mit 2% Zinsen 1,7758 €. Das wird den Beistand zu einer permanenten Erscheinung oder die Eurozone zu einer Inflationsgemeinschaft machen. Entsprechend hoch werden die Widerstände gegen die Mitgliedschaft entweder der Beistand einfordernden oder der Beistand leistenden Mitglieder der Union werden. Viele Retter sind dann des Euros Tod.

Höchste Zeit also, dass aufgehört wird, an den Symptomen herumzukurieren. Die Ursachen müssen verstanden sein, bevor weiter „gerettet“ wird. Dazu soll der folgende Text einen Beitrag leisten. Die sogenannte Eurokrise wird hier aus der Theorie der Geldwirtschaft heraus beurteilt. Vor allem aber wird sie in ihren finanzhistorischen Zusammenhang gestellt. Dabei wird das, was die Schulökonomik einen friedlichen grenzüberschreitenden Tausch von Gütern und Leistungen mit dem Namen „Welt-handel“ benennt, zu einem Krieg zwischen den Unternehmen und den öffentliche Haushalte finanzierenden Banken. Sie haben ihren Sitz in den Finanzzentren New York, London und an einigen weiteren Plätzen Kontinentaleuropas. Körperliche Gewalt, wie sie in militärischen Konflikten auftritt, ist hier weniger wahrzunehmen. Sie ist im Geld institutionalisiert.

Auch wenn es nur in extremen Situationen zum Einsatz militärischer Mittel kommt, fehlt es den mit finanziellen Mitteln geschlagenen Gefechten, Schlachten und Feldzügen nicht an Härte in der kämpferischen Auseinandersetzung. Oft finden Gemetzel als Fortsetzung des (militärischen) Krieges mit anderen Mitteln statt. Wie militärische Konflikte erstrecken sich die finanziellen zuweilen über mehrere Jahrzehnte, ehe sie dadurch enden, dass einer der Teilnehmer vollkommen wehrlos geworden und gezwungen ist, einem Frieden zuzustimmen. Der Frieden zwingt dem Unterliegenden den Willen einer überlegenen Bankleitung aus einem möglicherweise fernen Finanzzentrum auf. All dies erlaubt es, die Begriffe des Carl von Clausewitz (von Clausewitz, [1832] 1982) *illustrierend* auf den „Welt-handel“ anzuwenden.

Geldwirtschaft wird hier als beste unter den bisher realisierten – allen mehr oder weniger schlechten – Möglichkeiten zur Organisation der Wirtschaft anerkannt. Dies aber nur so lange, wie es gelingt, sie durch

eine den fairen Wettbewerb sichernde Wirtschaftsordnung auch für die akzeptabel zu machen, die mit ihren Ressourcen Natur und Arbeitsleistungen darin einer Verwertung und Bewirtschaftung von produzierten Produktionsmitteln unterworfen sind. Ob das gegenwärtig noch der Fall ist und wie es sein sollte, wenn nicht, wird im ersten Teil des Buches untersucht.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit den Deregulierungen der Wirtschaftsordnung, der Flexibilisierung der Ressourcen und den grenzüberschreitenden Praktiken, die dadurch für Akteure aus den Finanzzentren möglich geworden sind. Dabei wird eines deutlich: Die Vorgänge heute können in ganz ähnlicher Form auch vor der Weltwirtschaftskrise am Beginn der 30er Jahre beobachtet werden.

Deswegen wird gezeigt, was im Europa der 30er Jahren daraus entstanden ist. Dabei kommt es mir nicht darauf an, die britische und US-amerikanische Geschichtsschreibung zu korrigieren. Der etwas andere Eindruck jener 12 Jahre des NS-Staates kommt daher, dass hier allein auf die finanziellen und wirtschaftlichen Aspekte geschaut wird und für ein Gesamturteil naturgemäß weit mehr als das zu berücksichtigen wäre. Eingengt auf diesen Blickwinkel stellt sich das Programm des „Führerstaates“ als eines unter mehreren ähnlichen auf dem Kontinent dar. Es ist ein Programm zur Abschaffung der Geldwirtschaft. Mit den Worten von Ferdinand Fried ging es darum, aus dem technischen Zeitalter des erschöpften Kapitalismus in ein wahrhaft soziales Zeitalter einzutreten (Fried, 1939, S. 446). Ähnlich erwartete Ernst Jünger das Ende des Kapitalismus von der „Ablösung des bürgerlichen Individuums durch den Typus des Arbeiters“ (Jünger, [1932] 2000<sup>2</sup>, S. 125ff.).

Das Ende der Geschichte ist bekannt. Aber man kann der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus auch andere als die gewöhnlich überlieferten Eindrücke abgewinnen. Die Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands wird hier als die Reetablierung der Geldwirtschaft beschrieben. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben ein Deutschland wie ein ausländisches Tochterunternehmen eines Industriekonzerns gegründet. Jede Beziehung zum Deutschen Reich wurde dabei vermieden. Anders als der Freistaat Preußen ist das Reich auch nicht aufgelöst worden. Es besteht im Grunde als Wiedergänger weiter, ohne dass die Bundesrepublik seine Nachfolge angetreten hat. Die beiden Besatzungsmächte haben in gleicher Weise ein amerikanisches Geld in ihren Besatzungsgebieten eingeführt, das keinerlei Beziehung zur Emission der Reichsbank hatte

und auch später nicht erhalten hat. Sie taten es auch hier, ohne die Reichsbank abzuwickeln. Sie existiert in einem Schattenreich gerade so fort, wie es die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft als Firma auf dem Aktienmarkt nach dem Krieg neben der Oberschlesischen Bergwerksgesellschaft tat.

Durch die Verklammerung der Deutschen Mark mit dem US-Dollar wurde das noch unter Militärverwaltung stehende Territorium in die vom New Yorker Finanzzentrum gesteuerte Geldwirtschaft eingebunden. Die *Entwertung*, nicht die *Reform* der Reichsmark war die faktische Streichung aller bestehenden nominalen Forderungen und Verbindlichkeiten. Die Wirtschaft des besetzten Westens Deutschlands war 1948 mit vom Krieg abgenutzten oder zerstörten Produktionsmitteln schuldenfrei. Wo anders hätten die erforderlichen Neuausrüstungen finanziert werden können als in den Vereinigten Staaten von Amerika?

Der Marshallplan musste allerdings die neuen privaten Schulden der Unternehmen, die den Kreditgebern in Übersee keine Sicherheiten anbieten konnten, zuerst in eine Staatsschuld transformieren. Die Haftung des Staates für die Schulden der privaten Unternehmer *ersetzte* die Sicherheit im Kreditgeschäft. Die US-Banken liehen dem Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika das Geld, das die Vereinigten Staaten von Amerika an die Staaten Westeuropas ausliehen und diese an ihre Unternehmen in Wiederaufbaukrediten weitergaben. Eine revolutionäre Idee war mit dem Marshallplan nicht geboren. Schon in der Republik von Weimar hatten New Yorker Banken die Kreditwürdigkeit von nicht kreditwürdigen Unternehmen durch die Verstaatlichung der Unternehmensschulden herzustellen versucht. Dieses Konzept wird dann im großen Stil mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds auf die ganze (nicht sozialistische) Welt erweitert. Der US-Dollar ist, auch dadurch gestützt, endgültig der Nachfolger des britischen Pfundes als Leitwährung geworden. Das bedeutet, alle mehr oder weniger geldwirtschaftlich organisierten Länder benutzen seitdem in den in die rund um den Planeten Erde ausgebreitete Geldwirtschaft integrierten Sektoren ihrer Wirtschaft den Dollar als Rechengeld und als Reservewährung. Die Banken des Finanzzentrums New York erringen damit die dazugehörige Sicherheit, ihre fremden Schuldner ohne Ausnahme in ihrer eigenen Währung verschulden zu können. Alle ließen sich, um nicht den Kredit der einzigen Gläubigernation zu verlieren, mit einem festen Wechselkurs an die amerikanische Währung ketten. Als Mitglieder des Internationalen Wäh-

rungsfonds verpflichtete sie der feste Wechselkurs nicht nur, dem Dollar keine Konkurrenz durch das Angebot einer nach solideren Grundsätzen emittierten Währung zu machen, sie verpflichteten sich sogar, ihn durch unbeschränkte Ankaufspflichten zum fixen Kurs zu stabilisieren.

Den Staat für private Schulden zum Bürgen zu machen, ist das in allen US-Hilfsprogrammen verschleierte Geheimnis der Kreditexpansion der New Yorker Banken in die nicht kreditwürdige Wirtschaft erst der Staaten Westeuropas, Südeuropas und der Türkei, dann nach Südamerika und Ostasien. Seit 2007 haben die Banken in New York dieses Instrument weiterentwickelt. Die öffentlichen Kassen werden seitdem auch nachträglich für private oder fremde staatliche Schulden in gesamtschuldnerische Haftung gezwungen. Es klingt allerdings freundlicher, wenn es Beistand genannt wird. Im Kern geht es darum, einen nicht kreditwürdigen Schuldner durch weitere Kreditgewährung bewusst an den Rand der Insolvenz zu bringen, wenn auf eine kreditwürdige Regierung absehbar so viel Druck ausgeübt werden kann, dass sie dem Schuldner durch Beistandsleistungen die Kreditwürdigkeit wiederherstellt.

Nicht immer erfüllen sich die Erwartungen der Akteure in den Finanzzentren. Die Deutsche Mark ist ein Beispiel für ein mehrfaches Scheitern des dominanten Finanzzentrums gegenüber einer vergleichsweise kleinen Währung im Ringen um den Einsatz als Reservewährung und als Rechengeld. Diese Funktionen fallen nahezu automatisch dem Zentralbankgeld zu, das kursstabil ist und auf dem Geldmarkt knapp gehalten werden kann. Mit diesem Geld lassen sich die Produktionsprozesse so knapp halten, dass die von den Eigentümern refinanzierungsfähiger Vermögenswerte als gleichgewichtig empfundenen Zinsen im Markt zuverlässig erreicht werden können. Die Aufmerksamkeit eines Leitwährungsemitenten muss sich entsprechend darauf konzentrieren, entweder stabilophil ein permanent ausreichend knapp haltbares Geld zu emittieren oder alle Zentralbanken dazu zu bringen, ihre Währung nicht in einem Wettbewerb um die Härte des Geldes anzubieten, sondern ein die Konkurrenz scheuendes stabilophobes Geldangebot zu machen, also selbst eine schwächelnde Leitwährung uneingeschränkt als solche anzuerkennen. Die so handelnde Zentralbankleitung entknappt, ohne erkennbar von irgendjemand dazu gezwungen zu werden, die eigene Währung so, wie es von der dominanten Währung erwartet wird.

Die konkurrierend agierende Zentralbank richtet die Knappheit ihres Geldangebotes, unbeschadet von dem Verhalten anderer Zentralbanken,

konstant nach *ihrem* Standard aus. Die Deutsche Bundesbank und die kleine Schar ihr nacheifernder europäischer Zentralbanken stabilisierten mit ihrem Geldangebot einen Wertpapierstandard so konsequent, wie einst die Bank von England ihren Goldstandard stabilisierte. Das war für das dominante Finanzzentrum der Casus Belli. Es wurde als ein Angriff im Kampf um die Leitwährungsposition verstanden und zwar mit gutem Grund. Der Herausforderer musste mit einem Gegenangriff geschlagen und zur Unterordnung gezwungen werden. Der 50 Jahre dauernde Feldzug gegen die Deutsche Mark und dessen Vorgeschichte sind das zentrale Thema dieses Buches. Er wird mit einer Überraschung enden.

Die permanente Unterdrückung der Konkurrenz um das am besten zur Steuerung der Geldwirtschaft geeignete Geld ist nicht ohne Folgen geblieben. Sie ist der wahrscheinlich wichtigste Grund für die weitreichende Korruption der Geldwirtschaft in der Gegenwart. Diese besteht in der Auflösung des Zusammenhangs zwischen der Verfügungsgewalt über Naturressourcen, Arbeitsleistungen sowie produzierte Produktionsmittel und der Haftung mit Eigentum für dabei gegebenenfalls entstehende Verluste. Die Erosion der Geldwirtschaft durch Korruption findet als Kollateralschaden des Finanzkrieges hier die nötige Beachtung. Sie muss in ihrer gesellschaftszerstörenden Wirkung erkannt und mit der Bedrohung angemessener Ordnungspolitik bekämpft werden, wenn Geldwirtschaft eine Zukunft haben soll.

Der hier vorgelegte Text kann nur andeuten, was in einem planetarischen Ringen der Banken im Finanzzentrum New York um die Aufrechterhaltung ihrer ausgeübten Dominanz stattfindet. Er beschränkt sich darauf, anhand der Gefechte und Schlachten des Finanzkrieges zwischen der Deutschen Bundesbank und den Banken im New Yorker Finanzzentrum mit dem in Washington sitzenden Federal Reserve System das Geschehene verständlich zu machen. Späteren Bemühungen oder jüngeren Forschern muss es überlassen bleiben, das bisher nur unvollständig ausgeführte Weltbild zu vollenden.

Die 25 Kapitel des Buches können auch wie Erzählungen einzeln gelesen und verstanden werden. In den Schlussbetrachtungen im 26. Kapitel wird aber ein Band geliefert, das ihren Zusammenhang deutlich macht und die auseinanderliegenden Zeitpunkte und unterschiedlichen Handlungsorte zu einem einzigen Vorgang bindet: Es ist der Finanzkrieg zwischen dem seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts aus dem Londoner Zentrum auf-



steigenden Bankplatz New York und den absteigenden Bankplätzen auf dem europäischen Kontinent. Er erreicht einen ersten Höhepunkt in der Weltwirtschaftskrise der späten 20er Jahre und in dem darauf antwortenden Versuch, die Geldwirtschaft auf dem Kontinent abzuschaffen. Dass dieser Versuch überhaupt gelingen konnte, lag nicht zuletzt an den Folgen einer fehlenden Konkurrenz auf dem Finanzmarkt. Die Verschuldung der europäischen Länder durch den Ersten Weltkrieg hatte den Vereinigten Staaten von Amerika ein Finanzmarktmonopol zu errichten erlaubt. Daraus folgten rund um den Globus eine allgemeine Verschlechterung der Bedingungen der Ressourcenbeschäftigung und eine sich beschleunigende Arbeitslosigkeit in *allen* zinsgesteuerten Wirtschaften, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika. Die hohe Arbeitslosigkeit provozierte das Verlangen nach einer neuen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft.

In Deutschland war es die nationalsozialistische Bewegung, die am radikalsten die Aufhebung der Zinssteuerung der Wirtschaft zerstörte. Die Vision Hitlers war eine „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ unter der Oberherrschaft des Deutschen Reichs. Sie sollte auf koloniale Ansprüche verzichten und die kontinentalen Wirtschaftsbeziehungen intensivieren. Dabei war eine unterschiedliche Behandlung der Mitgliedsländer geplant. Sie reichte von den partnerschaftlichen Verhältnissen beispielsweise zu Schweden und den Niederlanden bis zu Abtretung von Gebieten zur Besiedlung mit deutschen Bauern im Fall der Sowjetunion. Der Krieg war für Hitler das Mittel, mit dem diese Idee realisiert werden sollte. Er glaubte ihn erfolgreich führen zu können, weil er irrümlich davon ausging, Großbritannien werde auf dem Kontinent die Entstehung einer Großmacht billigen und nicht in die Kriegshandlungen auf dem Kontinent eingreifen, wenn die eigenen kolonialen Interessen nicht gestört würden. Das war eine grobe Fehleinschätzung. In Großbritanniens mit Zinssteuerung bewirtschaftetem Imperium knisterte es an allen Ecken und Enden. Churchills erstes Interesse galt daher der Stabilisierung der Geldwirtschaft, wo immer sie durch Befreiungsbewegungen in den in die Unabhängigkeit entlassenen Kolonien bedroht war. Ein Verzicht Deutschlands auf Kolonien war ein wertloses Angebot, da Großbritannien selbst auf Kolonien verzichtete. Großbritanniens Interesse schien weit mehr mit dem Interesse der Londoner City übereinzustimmen. Nämlich alles zu tun, was die Stabilisierung in den von Befreiungsbewegungen bedrohten Regionen beförderte, beziehungsweise die Wiedereinführung von Geld-

wirtschaft in den abtrünnigen Regionen der Erde ermöglichte. Dass dabei die Abschaffung der Geldwirtschaft in Kontinentaleuropa von der britischen Regierung einfach nicht beachtet und hingenommen werden konnte, war schon eine wunderliche Annahme. Auch wenn das ausländische Eigentum zum Beispiel an Unternehmen im NS-Staat respektiert wurde, konnten die Banken in der Londoner City nie und nimmer damit einverstanden sein, dass dieses Eigentum nach den Vorstellungen der NS-Politik eingesetzt wurde und es nicht erlaubt sein sollte, Überschüsse nach den Kriterien ihrer Eigentümer abzuleiten. Entsprechend heftig musste der Druck sein, der von den Finanzzentren London und New York auf die Regierungen ausgeübt wurde, um dem Spuk auf dem Kontinent ein Ende zu bereiten.

Der Finanzkrieg endet aber nicht mit der militärischen Niederlage. Die Eingliederung und Unterordnung der kontinentalen Finanzsysteme in die Geldwirtschaft gelingt dem geschwächten Platz London nicht mehr. Ein unvorhergesehener Widerstand gegen die neue Dominanz entwickelt sich ausgerechnet aus der als Besatzungsgeld eingeführten Deutschen Mark. Erst nach über Jahrzehnte immer wieder aufkommenden Finanzgefechten kommt es zur Entscheidung. Der Feldzug endet mit dem Triumph in der Schlacht zwischen dem US-Dollar und der darin untergegangenen Deutschen Mark. Dieses Ringen wird in den fünf letzten Kapiteln dieses Buches beschrieben. Der kontinentaleuropäische Feldzug endet mit einem „Versailles“ für das „Stabilitätsmonster“ Bundesbank in Frankfurt am Main. Deutschland hat den Weltkrieg II verloren; jetzt!

Die in Dollar rechnenden Banken im Finanzzentrum New York sind durch den Untergang der Deutschen Mark im stabilophoben Eurosystem wieder wie 1946 ohne stabilophile Konkurrenz. Die Bundesbank ist vernichtend geschlagen. Ihr wurde mit dem Eurofrieden der im US-Zentralbanksystem und im Internationalen Währungssystem institutionalisierte Willen des New Yorker Finanzzentrums aufgezwungen. Sollte sich wider Erwarten der Euro eines Tages zu einer stabilophil angebotenen Währung wenden und die Pax Americana brechen, wird der Finanzkrieg eine Fortsetzung finden. Der Traum vom stabilen Euro bleibt ein Traum. Das gilt auch für die Hoffnung, Kontinentaleuropa werde mit dem asiatischen Aufschwung mithalten können. Ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Kontinentaleuropas ist mit Stabilophobie unvereinbar. Ohne stabilophilen Währungswettbewerb gibt es keinen dafür ausreichenden Zwang zu technischem Fortschritt in der Wirtschaft.

Ohne die Unterstützung von Mitstreitern wäre ich nicht bis an diesen Punkt gelangt. Ich bin vor allem Frank Decker und Eric Nocker zu großem Dank verpflichtet. Sie haben mich mit ihrem Sachverstand kritisch begleitet und so viel zum Gelingen der Arbeit beigetragen.

Hans-Joachim Stadermann  
Berlin im April 2014